

Pressemitteilung

Folgen des Krieges in der Ukraine für den Bau

Massive Preissteigerungen und drohende Lieferengpässe belasten Bautätigkeit. Abgabe neuer Angebote kaum noch möglich.

17/22
Berlin, 11.03.2022

Die Auswirkungen des von Russland geführten Krieges gegen die Ukraine treffen auch Baustellen hierzulande: Gravierende Materialpreissteigerungen und drohende Lieferschwierigkeiten sind die Folge. Zudem sehen sich die Bauunternehmen, wie andere Teile der deutschen Wirtschaft auch, mit massiv steigenden Energie- bzw. Treibstoffpreisen, vor allem bei Dieselkraftstoffen, konfrontiert.

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie: „Die Materialpreise steigen täglich, teilweise im Stundentakt. Allerdings sind die Preissteigerungen bisher noch kein Anzeichen von Materialknappheit, sondern eher von Angst vor drohenden Lieferausfällen. Inwieweit und vor allem wann es zu angebotsseitigen Materialengpässen kommen wird, lässt sich aktuell noch nicht beurteilen. Die Gefahr ist aber sehr reell.“

Besonders betroffene Bauproduktgruppen sind erdölbasierte Stoffe wie Bitumen als wichtiger Bestandteil von Asphalt für den Straßenbau, Stahl und Aluminium, die zu großen Teilen aus Russland beziehungsweise der Ukraine bezogen werden. Gleichzeitig wird es für die Unternehmen zunehmend schwieriger, Produkte wie Spundwände und Epoxidharze oder gar Abdeckfolie und Hartholz am Markt einzukaufen. Müller: „Bereits jetzt garantieren einzelne Baustofflieferanten keine Preise mehr, teilweise nehmen Lieferanten sogar keine Anfragen mehr entgegen. In laufenden Verträgen ist es für die Unternehmen kaum möglich, diese Preissteigerungen weiterzureichen, was zu einem großen wirtschaftlichen Risiko führen kann. Für neue Projekte kann es sogar dazu führen, dass die Unternehmen keine Angebote mehr abgeben können. Erste Anzeichen sind auf kommunaler Ebene zu beobachten.“

Wichtig sei, dass aufgrund dieser besonderen Lage faire, partnerschaftliche Lösungen zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern zum einen für mögliche Lieferprobleme und zum anderen für den Umgang mit den enormen Baumaterialpreissteigerungen gefunden werden. Nur so seien die Bauunternehmen auch weiterhin in der Lage, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. „Wir setzen auf einen direkten Dialog mit den Bundesministerien, den Kommunen und größeren Auftraggeberorganisationen, wie der Autobahn GmbH und der Deutschen Bahn. Helfen würde die durchgängige Vereinbarung von Stoffpreisleitklauseln, auch in bestehenden Verträgen, bei denen der Bezugspunkt der Materialpreise auf den Zeitpunkt der Angebotsabgabe gelegt wird. Zudem sollte der Produktkatalog solcher Preisleitungen ausgeweitet werden, insbesondere für Bitumen“, so Müller. So könnte das Risiko zumindest teilweise abgeschwächt und die Bautätigkeit aufrechterhalten werden.